

JOSEF BAUERNBERGER
CHRISTINE MAYRHUBER

■ SOZIALQUOTE 1998 DAS VIERTE JAHR IN FOLGE GESUNKEN

Die Sozialausgaben betragen in Österreich 1998 745 Mrd. S, das waren 28,5% des Bruttoinlandsproduktes. Nach einer Phase des Anstiegs in der ersten Hälfte der neunziger Jahre sank die Sozialquote damit 1998 das vierte Jahr in Folge. Diese Tendenz dürfte – nicht zuletzt aufgrund der starken Konjunktur – auch 1999 angehalten haben. Auch im Jahr 2000 hat sich der Rückgang wegen der Maßnahmen im Rahmen der Budgetkonsolidierung wahrscheinlich fortgesetzt.

Die Summe der österreichischen Sozialausgaben lag nach der EU-weit einheitlichen Berechnungsmethode im Jahr 1998 bei 745 Mrd. S, um 20 Mrd. S über dem Wert des Vorjahres. Die Sozialausgaben stiegen 1998 langsamer als das nominelle Bruttoinlandsprodukt, ihre Relation zum BIP – die Sozialquote – sank von 28,7% auf 28,5%. Gemäß den bisher vorliegenden Daten dürfte die Sozialquote 1999 ebenso hoch gewesen sein wie 1998. Sie war in beiden Jahren um 1,2 Prozentpunkte niedriger als 1994, als sie den höchsten Wert der neunziger Jahre erreicht hatte. Insgesamt hat die Sozialquote seit Mitte der neunziger Jahre also rückläufige Tendenz.

War die jährliche reale Zuwachsrate der Sozialausgaben zu Beginn der neunziger Jahre zwischen 4% und 5% gelegen, so sank sie 1996 auf 1,0% und 1997 auf 0,2%. 1998 fiel das reale Wachstum mit 1,9% wieder etwas höher aus, jedoch deutlich schwächer als am Beginn der neunziger Jahre und auch schwächer als das des BIP (1998 +2,9%). Auch die nominelle Zunahme der Sozialausgaben blieb in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hinter jener des Bruttoinlandsproduktes zurück.

Rund die Hälfte der Sozialausgaben entfiel 1998 auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung und ein Viertel auf Krankheitsleistungen. Für Familienleistungen wurde rund ein Zehntel des gesamten Aufwands ausgegeben, für Leistungen wegen Invalidität im erwerbsfähigen Alter 9% und für Arbeitslosenleistungen 6%.

BESTIMMUNGSFAKTOREN DER SOZIALAUSGABEN

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes steht in einem engen Zusammenhang mit den Sozialausgaben. Eine Sozialquote kann aber nicht per se zu hoch

Josef Bauernberger ist Mitarbeiter des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen. • Begutachtung: Alois Guger • Wissenschaftliche Assistenz: Annamaria Rammel • E-Mail-Adressen: Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at, Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 1: Entwicklung der Sozialquote

	Sozialausgaben		Sozialquote In % des BIP
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real	
1980	270	.	26,6
1985	375	+1,9 ¹⁾	27,4
1990	485	+3,0 ²⁾	26,7
1991	525	+4,9	27,0
1992	569	+4,3	27,7
1993	615	+4,5	28,9
1994	665	+5,1	29,7
1995	694	+2,1	29,2
1996	714	+1,0	29,1
1997	725	+0,2	28,7
1998	745	+1,9	28,5

Aufgrund der Umstellung der BIP-Berechnung differieren die Werte für die Sozialquote gegenüber dem Bericht des WIFO aus dem Vorjahr. – ¹⁾ Durchschnittliche jährliche Veränderung 1980/1985. – ²⁾ Durchschnittliche jährliche Veränderung 1985/1990.

oder zu niedrig sein, da der Umfang der Sozialausgaben von sozialpolitischen Zielen bestimmt ist. Der Ländervergleich der Sozialquote ist deshalb immer auch vor dem Hintergrund zu sehen, welche Schwerpunkte die Sozialpolitik in den Ländern verfolgt. Eine niedrige oder hohe Sozialquote ist kein Garant für ein effizientes, armutsvermeidendes und gerechtes System der sozialen Sicherheit.

In einem Sozialversicherungssystem wirken zumindest zwei Komponenten auf die Ausgabendynamik: Der Versicherungsschutz (Arbeitslosenversicherung, Risikoausgleich) hat einen starken konjunkturellen Effekt, während soziale Ziele (Umverteilung, Armutsvermeidung) einen strukturellen Ausgabeneffekt ausüben.

Insgesamt stiegen die empfängerwirksamen Sozialausgaben (ohne intergovernmentale Transfers) zwischen 1990 und 1998 um 54%. Darin spiegelt sich einerseits die Tatsache, dass die Zahl der Leistungsbezieher zunahm. In der Arbeitslosenversicherung wurde hier ein Konjunkturreffekt wirksam, in der Pensionsversicherung ein Struktureffekt (Reifung des Systems, da immer mehr Anspruchsberechtigte geschlossene Versicherungsverläufe aufweisen). Andererseits wurden in den neunziger Jahren noch Leistungsverbesserungen vorgenommen.

Abbildung 1: Entwicklung der Sozialquote

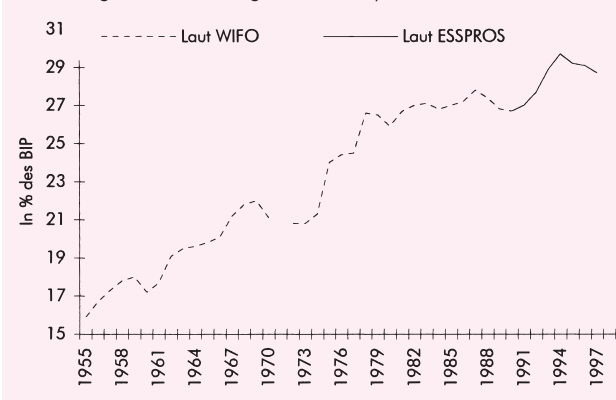
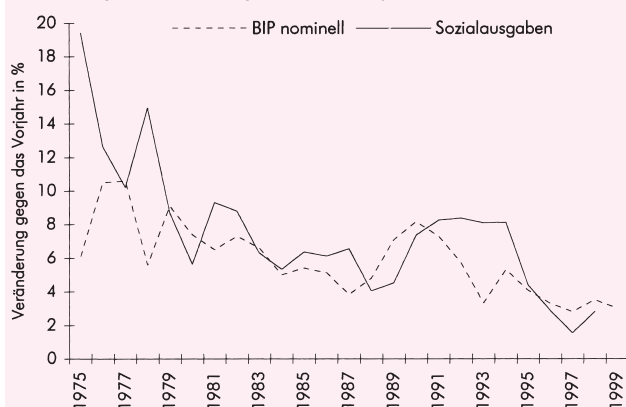


Abbildung 2: Sozialausgaben im Konjunkturverlauf



Ab 1990 neue Berechnungsmethode.

Durch die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation sind seit 1990 sowohl ein Anstieg der Arbeitslosenleistungen (+84%) als auch eine Zunahme der Leistungen wegen Invalidität im erwerbsfähigen Alter (+89%) zu beobachten. Daraus resultiert die Steigerung des Anteils dieser Aufwendungen auf 5,6% bzw. 8,6% aller Sozialausgaben. Die unterdurchschnittliche Entwicklung der Familienleistungen (+48%) ist ebenfalls auf zwei Faktoren zurückzuführen: Die Leistungsausweitungen zu Beginn des letzten Jahrzehnts wurden im Zuge der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wieder eingeschränkt. Darüber hinaus geht die Abnahme der Geburtenziffern mit einem Ausgabenrückgang einher. Im selben Zeitraum nahm die für die Beitragseinnahmen ausschlaggebende Lohn- und Gehaltssumme um 37% zu.

KONJUNKTUR UND ZUNAHME DER INVALIDITÄTS- UND GESUNDHEITSLISTUNGEN BESTIMMEN AUSGABEN-ENTWICKLUNG

Die Entwicklung verlief in den einzelnen Leistungskategorien sowohl im Vorjahresvergleich als auch in der Ge-

Übersicht 2: Sozialausgaben nach Funktionen (Sozialrisiken)

	1990		1995		1997		1998		Veränderung in %
	Mrd. S	Anteile in %	Mrd. S	Anteile in %	Mrd. S	Anteile in %	Mrd. S	Anteile in %	
Alter	181	38,9	253	38,0	267	38,0	274	38,2	+52
Hinterbliebene	55	11,8	71	10,7	73	10,4	74	10,3	+34
Krankheit ¹⁾	119	25,6	167	25,1	181	25,8	185	25,8	+55
Familie	49	10,5	76	11,4	74	10,5	72	10,2	+48
Invalidität	33	7,1	52	7,8	58	8,3	62	8,6	+89
Arbeitslosigkeit	21	4,5	37	5,6	39	5,6	40	5,6	+84
Sonstiges ²⁾	7	1,5	9	1,4	10	1,4	10	1,4	+43
Insgesamt ³⁾	465	100,0	665	100,0	702	100,0	717	100,0	+54

Q: ESSPROS-Sozialdatenbank. – ¹⁾ Eigene Schätzungen für den stationären Bereich. – ²⁾ Geldleistungen der Sozialhilfe, Wohnbeihilfe, Gebührenbefreiungen, u. a. – ³⁾ Die Summe der Sozialausgaben in der funktionalen Gliederung ist niedriger als die der Sozialausgaben insgesamt, da bestimmte Aufwendungen (z. B. Verwaltungskosten) in der funktionalen Gliederung nicht aufscheinen (Rundungsdifferenzen sind möglich).

Das Europäische System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSPROS)

Die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, gemeinsame Beschäftigungsstrategien und die Erweiterung der Europäischen Union bedeuten tiefgreifende Veränderungen der Rahmenbedingungen der sozialen Sicherheit der einzelnen EU-Ländern. Eine politische Koordination im Bereich des Sozialschutzes setzt quantitative Informationen über die Höhe der einzelnen Leistungskomponenten, ihre Entwicklungstendenzen und die Finanzierungsquellen voraus. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde das Europäische System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSPROS) konzipiert.

Die ESSPROS-Methode¹⁾ ist – wie in den Vorjahren – die Datengrundlage der vorliegenden Arbeit. Für Österreich wurde die neue ESSPROS-Klassifikation für die Jahre 1980 sowie 1985 zurückgerechnet und seit 1990 jährlich erhoben.

Einnahmen und Ausgaben in den Bereichen des Sozialschutzes sind in ESSPROS systematisch erfasst. Die

¹⁾ Eine genaue Beschreibung der Methode findet sich in Guger – Steiner (1997), Sozialbericht 1996. – ²⁾ Vgl. European Commission (2000).

Ausgaben für soziale Sicherheit setzen sich aber aus drei Komponenten zusammen: Transfers, Sachleistungen und Steuerregelungen. Eine Schwachstelle ist noch die Erfassung der Nettoeinkommen der Leistungsempfänger, da Steuervergünstigungen sowie Steuern und Abgaben auf Unterstützungszahlungen nicht berücksichtigt sind, ebenso die Zahl der Leistungsbezieher. An der Weiterentwicklung im Sinne der europäischen Vergleichbarkeit der Pro-Kopf-Leistungen an Arbeitslose wird gegenwärtig gearbeitet.

Die Stärken der Methode liegen zur Zeit in der Vergleichbarkeit der Einnahmen und Ausgaben nach einzelnen Leistungskomponenten in den EU-Ländern, wobei Doppelzählungen der Transfers zwischen den verschiedenen Trägerorganisationen vermieden und Selbstbehalte berücksichtigt werden. Solche Doppelzählungen sind mit ein Grund dafür, warum die in letzter Zeit oft zitierte österreichische Sozialquote laut Europäischer Kommission²⁾ mit 30,7% wesentlich höher ist als die Sozialquote nach ESSPROS.

samt Betrachtung der neunziger Jahre sehr unterschiedlich. Dies ist ein Resultat des Zusammenspiels von konjunkturellen und demographischen Effekten sowie von gesetzlichen Änderungen in Bezug auf Anspruchsvoraussetzungen, Leistungshöhe und -dauer.

Der Rückgang der Familienleistungen ist durch das Auslaufen der Geburtenbeihilfe, die Verkürzung der Bezugsdauer für das Karenzgeld sowie die Nichtvalorisierung der Familienbeihilfen, die Kündigung der Abkommen mit der Türkei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens (Familienbeihilfen) und die Abnahme der Zahl der Kinder verursacht. Die Ausgaben für die Familienbeihilfen

waren 1998 etwa gleich hoch wie 1997 und um 15,5% niedriger als 1994 (Höchstwert). Die Entwicklung der Ausgaben für Pflegegeld spiegelt die Zunahme der Zahl von Beziehern, jene des Insolvenzausfallgeldfonds die Verringerung der Zahl der Konkurse (bzw. der Zahl der Anspruchsberechtigten) wider.

Während die Ausgaben für das Arbeitslosengeld 1997/98 weitgehend unverändert blieben, erhöhten sich die Aufwendungen für Notstandshilfe (einschließlich Sondernotstandshilfe) als Reaktion auf eine merkliche Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik stiegen zwischen 1997 und 1998 um 3,1%.

Übersicht 3: Entwicklung der Sozialausgaben in einzelnen Leistungskategorien

1998

Veränderung gegen das Vorjahr in %

<i>Zunahme des Aufwands</i>	
Alterspensionen	+ 2,7
Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer	+ 4,9
Invaliditätspensionen einschließlich vorzeitiger Alterspensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	+10,8
Arbeitslosengeld und Notstandshilfe	+ 4,1
Pflegegeld	+ 2,6
Aufwand für Kindergärten	+ 4,1
<i>Rückgang des Aufwands</i>	
Familienleistungen insgesamt	- 1,6
Karenzgeld	-21,5
Leistungen aus dem Insolvenzausfallgeldfonds	- 4,4
Geburtenbeihilfe	-75,4
Vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit	- 1,8
Ausgleichszulagen	- 2,3

Q: ESSPROS-Sozialdatenbank.

KONJUNKTUREFFEKT IM LEISTUNGS-AUFWAND FÜR ARBEITSLOSIGKEIT WIRD STÄRKER

Die Ausgaben für Arbeitslosigkeit wuchsen zwischen 1990 und 1998 um vier Fünftel. Der Anstieg der Arbeitslosenquote von 5,4% im Jahre 1990 auf 7,2% im Jahre 1998 bedeutete eine entsprechende Zunahme der Zahl jener, die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen. Die Zunahme der Aufwendungen aus der Arbeitslosenversicherung war daher von der steigenden Zahl der Leistungsbezieher – und hier ausschließlich der Notstandshilfebezieher – und nicht durch steigende Leistungen je Bezieher getragen. Zwischen 1990 und 1998 verdoppelte sich die Zahl der Langzeit-

Übersicht 4: Sozialleistungen für Arbeitslosigkeit

	1990	1995	1997	1998	1990/ 1998
	Mio. S				Veränderung in %
Arbeitslosengeld	8.467	13.719	13.134	13.189	+ 56
Notstandshilfe	3.201	6.372	7.891	8.566	+168
Sondernotstandshilfe	905	1.197	467	620	- 31
Sonderunterstützung	1.823	2.325	1.377	1.092	- 40
Vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit	1.350	2.410	2.600	2.550	+ 89
Leistungen aus dem Insolvenz-ausfallgeldfonds	924	4.009	3.046	2.913	+215
Leistungen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik des AMS	3.309	4.980	7.629	7.863	+138
Sonstige Leistungen ¹⁾	1.462	2.203	2.235	2.765	+ 89
Insgesamt ²⁾	21.441	37.215	38.679	39.558	+ 84

Q: ESSPROS-Sozialdatenbank. – ¹⁾ Schlechtwetterentschädigung, Ausgleichsfonds, Länderleistungen. – ²⁾ Ohne intergovernmentale Transfers (z. B. Zahlungen der Arbeitslosenversicherung an die Pensions- und Krankenversicherung).

arbeitslosen beinahe, die Zahl der Personen mit einer durchgehend 6 Monate dauernden Arbeitslosigkeit nahm von 73.000 auf 139.000 zu. Auch erhöhte sich in dieser Zeit der Bestand der vorzeitigen Alterspensionen bei Arbeitslosigkeit von 15.000 auf 20.000.

Nach einer kräftigen Zunahme seit 1995, die stark durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds angekurbelt wurde, schwächte sich die Entwicklung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Jahr 1998 ab.

Außerordentliche Ausgabenzuwächse verzeichneten die sonstigen Leistungen. Hier entwickelte sich vor allem die Kategorie der Länderleistungen im Bereich der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich. Die angespannte Arbeitsmarktlage 1998 erforderte neben den steigenden Bundesausgaben auch eine stärkere Unterstützung der Arbeitslosen durch der Länder.

ANGESPANNTER ARBEITSMARKTLAGE ERHÖHT AUCH AUSGABEN FÜR INVALIDITÄT

Der Anteil der Invaliditätsaufwendungen an den gesamten Sozialausgaben vergrößerte sich zwischen 1990 und 1998 von 7,1% auf 8,6%, insgesamt wurden 1998 rund 62 Mrd. S aufgewandt. Die Zahl der Bezieher von Invaliditätsleistungen hat einerseits aufgrund der demographischen Entwicklung und andererseits aufgrund der Ausweitung des Leistungsangebotes stark steigende Tendenz.

Die Einführung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit im Jahr 1993 war ein Hauptgrund für die Ausgabendynamik. Diese Leistungskategorie erforderte 1998 schon 23,4% der gesamten Aufwendungen; rund 57.000 Personen bezogen aus diesem Titel eine Pension, wobei knapp 88% der Leistungen an Männer gingen. 1999 stiegen die Ausgaben weiterhin stark. Erst für 2000 ist, infolge der Abschaffung dieser Pension, mit einer leichten Abflachung zu rechnen. Daneben sind aber Vorzieh- und Substitutionseffekte – ins-

Übersicht 5: Sozialleistungen für Invalidität

	1990	1995	1997	1998	1990/ 1998
	Mio. S				Veränderung in %
Invaliditätspensionen (unter 60 Jahre) ¹⁾					
Gesetzliche Pensionsversicherung	13.848	15.559	15.097	15.768	+ 14
Öffentliche Rechtsträger ²⁾	10.098	13.524	13.953	14.088	+ 40
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit		6.275	12.455	14.617	-
Versehrtenrente (unter 60 Jahre)	1.671	2.050	2.109	2.263	+ 35
Pflegegeld (unter 60 Jahre)	2.112	6.517	5.970	6.097	+189
Sachleistungen (Unfallversicherung)	2.318	3.410	3.396	3.780	+ 63
Sachleistungen (Länder)	2.726	4.081	4.978	5.334	+ 96
Sonstige Leistungen	227	381	454	453	+100
Insgesamt ³⁾	33.000	51.797	58.412	62.400	+ 89

Q: ESSPROS-Sozialdatenbank. – ¹⁾ Invalidenpensionen an über 60-Jährige sind den Alterspensionen zugeordnet (Übersicht 6). – ²⁾ Geschätzte Aufteilung der Pensionen gemäß der Altersverteilung der Pensionisten des öffentlichen Dienstes (Multiplikation des durchschnittlichen Ruhebezugs mit der Zahl der unter 60-jährigen Ruhebezugsempfänger). – ³⁾ Ohne intergovernmentale Transfers (z. B. Zahlungen der Pensionsversicherung an die Krankenversicherung).

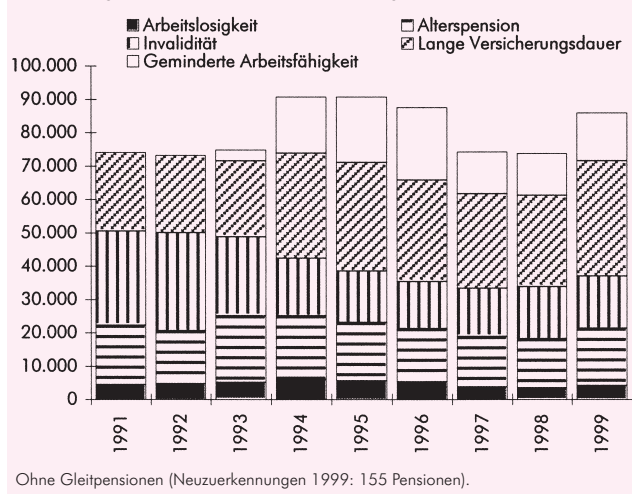
besondere hin zur vorzeitigen Alterspension bei Arbeitslosigkeit und zur Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension – zu erwarten. Bis zur Einführung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit nahmen die Neuzuerkennungen im Bereich der Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension kontinuierlich zu, seit 1994 ist ihre Zahl rückläufig. Dieser Rückgang wurde aber von den Zugängen zur vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit kompensiert, sodass die Aufwendungen beider Pensionsarten gemeinsam kontinuierlich stiegen.

Zwischen 1990 und 1998 nahm die Zahl der unter 60-jährigen Bezieher einer Invaliditätspension um ein Viertel zu. Die Pflegegeldleistungen für unter 60-Jährige haben sich im Zeitraum 1990 bis 1998 beinahe verdreifacht. Das Stufensystem des Bundespflegegeldgesetzes (Einführung 1993) ermöglicht abgestufte bedarfsorientierte Zahlungen, welche für Schwerbehinderte in der Regel deutlich höhere Leistungen zur Folge haben. Die unter 60-jährigen Pflegegeldbezieher sind überproportional in den oberen Pflegegeldstufen vertreten; die Aufwendungen stiegen hier zwischen 1997 und 1998 schwächer als die Summe der Invaliditätsleistungen (+6,8%). Markante Zuwächse waren hingegen im Bereich der Sachleistungen in der Unfallversicherung (+11,3%), aber auch für die Sachleistungen der Länder zu verzeichnen (+7,2%).

STABILER ANTEIL DER AUSGABEN FÜR ALTER

Die gesamten Altersleistungen wuchsen von 1990 bis 1998 um 52%, mit einer deutlich gebremsten Dynamik ab 1997. Der Anstieg in den neunziger Jahren entspricht etwa dem Anstieg der gesamten Sozialausgaben. Allerdings erhöhten sich die Altersleistungen zwischen 1997 und 1998 unterdurchschnittlich, ihr Anteil an den gesamten Sozialausgaben ist seit 1990 mit rund 38% stabil.

Abbildung 3: Pensionsneuzuerkennungen



Starke Zuwächse ergaben sich für das Pflegegeld für über 60-Jährige sowie im Bereich der Ausgaben der Länder für Alten- und Pflegeheime. Die Ausgaben für Alters- und Invaliditätspensionen im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung für über 60- bzw. 65-Jährige stiegen im gleichen Ausmaß wie die gesamten Altersleistungen. Die Aufwendungen für vorzeitige Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer nahmen 1998 im Vorjahresvergleich mit knapp +5% überdurchschnittlich zu.

Die Pensionsneuzugänge der neunziger Jahre waren, sowohl in ihrer Zahl als auch in ihrer Zusammensetzung, von sprunghaften Veränderungen gekennzeichnet. Insbesondere löste die Pensionsreform 1993 – neben dem starken demographischen Effekt – ab 1994 einen abrupten Anstieg der Pensionsneuzugänge (insbesondere der Frauen) und damit eine Ausgabenerhöhung aus.

Dank der neuen Ersatzzeiten für Kindererziehung erfüllten zahlreiche Frauen erstmals die Anspruchsvoraussetzungen der normalen Alterspension (Antrittsalter für Frauen 60 Jahre, für Männer 65 Jahre) und konnten eine eigenständige Pension begründen. Die normale Alterspension wird hauptsächlich von Personen mit diskontinuierlichem Erwerbsverlauf in Anspruch genommen, da hier die Mindestversicherungsdauer 15 Jahre beträgt („ewige Anwartschaft“). Nur ein Fünftel aller jährlich neu zuerkannten Alterspensionen sind normale Alterspensionen mit dem gesetzlichen Antrittsalter von 60 bzw. 65 Jahren. Von diesen sind knapp 70% Zuerkennungen an Frauen.

Knapp die Hälfte der Neupensionen sind vorzeitige Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer. Anfang der neunziger Jahre betrafen 30% dieser Neuzuerkennungen Frauen, 1998 bereits rund die Hälfte. Die Neuzuerkennungen von vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer an Frauen verdoppelten sich zwischen 1993 und 1994, während die Einführung der Ersatzzeiten für Kindererziehung auf Männerpensionen keinen erkennbaren Effekt ausübte.

Übersicht 6: Sozialleistungen für Alter

	1990	1995	1997	1998	1990/ 1998
		Mio. S			Veränderung in %
Alterspensionen (gesetzliche Pensionsversicherung ¹⁾)	99.136	138.619	146.212	149.930	+ 51
Vorzeitige Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer ²⁾	18.136	23.432	26.876	28.203	+ 55
Teilrenten (gesetzliche Pensionsversicherung)		134	219	202	
Alterspensionen (öffentliche Rechtsträger ³⁾)	46.160	61.825	63.566	64.180	+ 39
Altersversorgung (Versorgungsgesetze)	2.737	2.651	2.411	2.280	- 17
Betriebliche Pensionen ⁴⁾	3.060	3.564	3.780	3.893	+ 27
Versichertenrenten (über 60-Jährige)	1.671	2.059	2.109	2.262	+ 35
Pflegegeld (über 60-Jährige)	7.633	16.134	14.810	15.200	+ 99
Sachleistungen der Länder ⁵⁾	1.981	4.261	6.719	7.521	+280
Insgesamt ⁶⁾	180.514	252.679	266.702	273.671	+ 52

Q: ESSPROS-Sozialdatenbank. – ¹⁾ Einschließlich Invalidenpensionen für über 60-Jährige, ohne vorzeitige Alterspensionen. – ²⁾ Ohne vorzeitige Alterspensionen bei Arbeitslosigkeit. – ³⁾ Schätzung aufgrund der Aufteilung der Ruhe- und Versorgungsbezüge auf Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätspensionen. – ⁴⁾ Grobe Schätzung laut Mikrozensus 1993. – ⁵⁾ Nettoausgaben der Länder und Gemeinden für Alters- und Pflegeheime sowie ambulante Dienste. – ⁶⁾ Ohne intergovernmentale Transfers (z. B. Zahlungen der Pensionsversicherung an die Krankenversicherung).

Die vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit hat für Männer eine viel geringere Bedeutung als für Frauen: Nur knapp 14% aller Neuzuerkennungen betreffen Männer.

Durch das Vorrücken von Versicherten mit geschlossenem Erwerbsverlauf in das Pensionsalter steigen die Pensionsaufwendungen, auch wenn die Zahl der neu zuerkannten Pensionen stagniert. Ebenso ist die Anhebung des Antrittsalters für viele mit einer Verlängerung der Versicherungszeit und folglich mit einer höheren Pension verbunden. Dieser Effekte, also die Reifung des Pensionssystems, tritt auch unabhängig von der demographischen Entwicklung in Österreich ein und lässt für die Zukunft eine Zunahme der Aufwendungen im Bereich der Altersausgaben erwarten.

Die Steigerung des Aufwands für Alterssozialleistungen geht aber auch einher mit Zuwächsen auf der Einnahmenseite. Zwischen 1990 und 1999 erhöhte sich die Zahl der Pensionsversicherten (ohne öffentlich Bedienstete) um 7,8% auf insgesamt 3,12 Mio. Die Einnahmen der Pensionsversicherung aus Versicherungsbeiträgen stiegen im selben Zeitraum um 49% und decken damit zu über drei Vierteln die Pensionsausgaben; der Rest wird durch den Bundesbeitrag beglichen. 1999 betrug die Ausfallhaftung des Bundes 23,4% aller Pensionsaufwendungen und stagniert damit seit Mitte der neunziger Jahre. Während die Pensionsversicherungsanstalt der Unselbständigen einen Beitragsdeckungsgrad von 15,8% erreicht, deckt der Bundesbeitrag 67,8% aller Pensionsaufwendungen an Selbständige.

„KRANKES GESUNDHEITSSYSTEM ODER GESUNDE KRANKENAUSGABEN?“

Nach den Ausgaben für Alterspensionen und Hinterbliebene bilden die Ausgaben im Gesundheitsbereich mit

knapp 26% den zweitgrößte Anteil der Sozialausgaben. Die Entwicklung der Gesundheitsausgaben steht in engem Zusammenhang mit jener des Bruttoinlandsproduktes, da ab einem bestimmten Wohlstandsniveau die Pro-Kopf-Ausgaben für Waren und Dienstleistungen des Gesundheitswesens im Vergleich mit dem Pro-Kopf-Einkommenswachstum überproportional steigen (IHS, 1999). Die Einkommenselastizität der Gesundheitsausgaben ist dann größer als 1, die Ausgaben nehmen also stärker zu als das gesamtwirtschaftliche Einkommen (World Bank, 1998). Das Ausgabenvolumen dieses Bereichs unterstreicht seine Bedeutung auch im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Konsolidierungsbestrebungen der öffentlichen Haushalte.

Im Jahr 1998 waren rund 99% der österreichischen Bevölkerung durch die gesetzliche Krankenversicherung geschützt. Eine direkte Erfassung der Zahl der Beitragsleistenden und Mitversicherten liegt aus folgenden Gründen nicht vor:

- Gezählt werden nur Versicherungsverhältnisse und nicht Personen.
- Die Krankenversicherung lässt eine Mehrfachversicherung zu. Gemäß einer Sondererhebung des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger war zum Stichtag 1. Juni 1998 die Zahl der Versicherten um 380.000 niedriger als jene der Versicherungsverhältnisse. Im Jahresdurchschnitt 1998 wurden insgesamt 5,5 Mio. Versicherungsverhältnisse gezählt, die Zahl der Beitragsleistenden betrug 5,1 Mio.
- Die statistische Erfassung der mitversicherten Angehörigen ist eingeschränkt möglich, da nur wenige Krankenversicherungsträger (z. B. Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter) für Angehörige eigene Versicherungsnummern vergeben und die Meldung nicht verpflichtend ist. Die Zahl der Mitversicherten wird durch eine Verknüpfung der Krankenversicherungsdaten mit der Bevölkerungsfortschreibung von Statistik Österreich geschätzt, sie lag 1998 bei rund 2,7 Mio.

Nach der hier verwendeten Systematik betrug 1998 der Anteil der Gesundheitsausgaben 7,1% des Bruttoinlandsproduktes. Das Ausgabenwachstum hat sich in den neunziger Jahren etwas verlangsamt, ist aber durchwegs höher als das der anderen Sozialausgaben. Die privaten Gesundheitsausgaben nahmen in diesem Zeitraum deutlich zu: Der Anteil der Gesundheitsausgaben am privaten Konsum erreichte 1981 23,2% und stieg bis 1998 auf 29,4% (IHS, 2000).

Auf der Einnahmenseite der Krankenversicherungsträger betrug der Zuwachs 1998 im Vorjahresvergleich 3,3%, wobei die Beiträge der Versicherten um 2,5% zunahmen. Dem stand ein Ausgabenwachstum von 3,8% gegenüber; unter allen Leistungspositionen erhöhten sich die Ausgaben für Heilmittel mit Abstand am stärk-

Übersicht 7: Sozialleistungen für Familien

	1990	1995	1997	1998	1990/1998
	Mio. S				Veränderung in %
Familienbeihilfen ¹⁾	33.292	46.928	44.808	45.009	+ 35
Wochengeld	2.822	4.088	3.990	4.063	+ 44
Geburtenbeihilfen	1.225	1.284	394	97	- 92
Karenzgeld	3.347	10.053	8.851	6.943	+107
Aufwand für Kindergärten	4.670	7.807	8.881	9.244	+ 98
Sonstige Leistungen ²⁾	3.772	5.819	6.778	7.133	+ 89
Insgesamt ³⁾	49.128	75.979	73.702	72.489	+ 48

Q: ESSPROS-Sozialdatenbank. – ¹⁾ Einschließlich Familienbeihilfen des FLAF, der Gebietskörperschaften sowie seit 1994 der Kinderabsetzbeträge. – ²⁾ Unterhaltsvorschüsse, Jugendwohlfahrt der Länder, Sozialstipendien. – ³⁾ Ohne intergovernmentale Transfers (z. B. Zahlungen des FLAF an die Pensionsversicherung als Beiträge für Bezieher von Karenzgeld).

sten. Dank gesetzlicher Änderungen und eines strikten Konsolidierungskurses ergab sich aber 1998 insgesamt ein Gebarungüberschuss von 1,3 Mrd. S, der sich 1999 in einen Abgang von 3,3 Mrd. S drehte.

AUSGABEN FÜR FAMILIEN

Den vierthöchsten Aufwandsposten innerhalb aller Sozialausgaben bilden mit rund 10% die Leistungen an Familien. Zwischen 1990 und 1998 erhöhten sich die gesamten Familienleistungen um 48%, mit sehr divergierenden Entwicklungen in den einzelnen Leistungskategorien. Im genannten Zeitraum verzeichneten die Karenzgeldaufwendungen die stärksten Zuwächse (+107%). Seit 1995 sind die Ausgaben für Familienbeihilfe und Karenzgeld aufgrund von Gesetzesänderungen aber wieder rückläufig.

Im Vorjahresvergleich verringerten sich die Familienaufwendungen 1998 (allerdings ohne intergovernmentale Transfers¹⁾) um 0,5% auf insgesamt 72,5 Mrd. S.

Anders als die der gesamten Familienleistungen entwickelten sich die Kategorien der Kindergartenaufwendungen und der sonstigen Leistungen. War der Anteil der Kindergartenaufwendungen 1990 noch bei 9,5% aller Familienleistungen gelegen, so stieg er bis 1998 auf 12,8% und bildet damit nach den Familienbeihilfen die zweitwichtigste Position. Im Bereich der sonstigen Leistungen kam die Erhöhung der Ausgaben für die Jugendwohlfahrt der Länder zum Tragen.

BEITRAGSDECKUNG DER FINANZIERUNG VON SOZIALAUSGABEN VERSTÄRKT

Zwischen 1980 und 1998 war eine leichte Verschiebung der Finanzierungsanteile von den Sozialbeiträgen der privaten Unternehmen zu jenen der Arbeitnehmer zu beobachten. Der steuerfinanzierte Anteil verringerte sich von 37% auf 34,5%. Der Finanzierungsanteil der Arbeit-

¹⁾ Etwa Zahlungen des FLAF an die Pensionsversicherung als Pensionsversicherungsbeiträge für Bezieher von Karenzgeld.

Übersicht 8: Finanzierung der Sozialausgaben 1980 und 1998

	1980	1997	1998
	Anteile in %		
Sozialbeiträge privater Unternehmen als Arbeitgeber	34,0	31,8	31,9
Sozialbeiträge des Staates als Arbeitgeber ¹⁾	4,0	5,8	5,7
Arbeitnehmerbeiträge	19,0	22,5	22,4
Selbständigenbeiträge ²⁾	2,0	2,6	2,7
Pensionistenbeiträge	2,0	1,9	1,9
Allgemeine Steuern	37,0	34,6	34,5
Andere Einnahmen	2,0	0,6	0,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Q: ESSPROS-Sozialdatenbank. Ohne intergovernmentale Transfers. – ¹⁾ Vor allem die unterstellten Pensionsbeiträge des Staates für die Beamten (analog zu den Arbeitgeberbeiträgen für die unselbständig Beschäftigten im Rahmen des ASVG). – ²⁾ Beiträge von Selbständigen, Bauern und Freiberuflern.

geber ist in Österreich geringer, jener der Selbständigen und der Pensionisten gleich und jener der Arbeitnehmer und der Budgets der Gebietskörperschaften höher als im EU-Durchschnitt. 1998 veränderten sich die Anteile im Vorjahresvergleich nicht nennenswert.

SOZIALQUOTE AUCH 1999 NICHT GESTIEGEN

Für 1999 kann aufgrund der vorliegenden Daten zu wichtigen Ausgabenbereichen (Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung, Krankenversicherung, FLAF – diese umfassen drei Viertel der gesamten Sozialausgaben) und des realen BIP-Wachstums angenommen werden, dass die Sozialquote etwa so hoch war wie 1998. In einzelnen wichtigen Ausgabenbereichen bzw. Teilen davon divergierte die Entwicklung 1999:

Insgesamt erhöhten sich die empfängerwirksamen Ausgaben (ohne intergovernmentale Transfers) in der Arbeitslosenversicherung geringfügig (+0,8%), wobei die Ausgaben der passiven Arbeitsmarktpolitik viel stärker stiegen als jene der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Das Auslaufen der Sonderunterstützung hatte einen Ausgabenrückgang von 20,4% zur Folge, die Verkürzung der Karenzurlaubsdauer verminderte die Karenzgeldzahlungen der Arbeitslosenversicherung um 13,4%. Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit spiegelt sich in einer Verringerung der Ausgaben für Arbeitslosengeld um 1,5% und der Ausgaben für Notstandshilfe (einschließlich Sondernotstandshilfe) um 3,6%. Die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit sowie die Forcierung von Beschäftigungsprogrammen schlugen sich in einer deutlichen Erhöhung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik (+25%) auf etwa 10 Mrd. S nieder.

Der Familienlastenausgleichsfond steigerte seine Ausgaben um 1,5%. Während für Familienbeihilfen aufgrund der Anhebung um 125 S (mit 1. Jänner 1999) um 9,1% mehr aufgewandt wurde als 1998, sanken die Aufwendungen für Karenzgeld durch die Neuregelung um 22%.

Die Ausgabenentwicklung wird in der Pensionsversicherung in erster Linie durch den Pensionsaufwand be-

Übersicht 9: Finanzierungsstruktur der Sozialausgaben im internationalen Vergleich

	Österreich 1998	EU 15 1997
	Anteile in %	
Allgemeine Steuern	34,5	32,9
Private und öffentliche Arbeitgeber	37,5	38,5
Arbeitnehmer	22,4	18,8
Selbständige, Pensionisten	4,6	4,6
Andere Einnahmen	0,9	5,2
Insgesamt	100,0	100,0

Q: Eurostat; ESSPROS-Sozialdatenbank.

stimmt, der rund 88 % der Gesamtausgaben umfasst. Er stieg 1999 um 4,7%, einerseits aufgrund einer Zunahme der Zahl der Pensionisten sowie der Erhöhung der Pensionen, andererseits durch Strukturverschiebungen im Pensionsbestand (hin zu Angestellten). Einen bedeutenden Zuwachs verzeichnete auch der Bereich Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation (+8,1%), während der Aufwand für Ausgleichszulagen rückläufig war (-5%).

Der Rückgang der Ausgaben in einzelnen Bereichen wurde 1999 von der Ausgabendynamik in der Krankenversicherung kompensiert. Die Ausgaben wuchsen hier mit +5,8% stärker als die Einnahmen (+2,6%). Der Abgang von 3,3 Mrd. S ist auf die überdurchschnittliche Steigerung des Aufwands für Heilmittel (+12,6%) und Krankengeld (+12,2%) zurückzuführen.

ÖSTERREICHS SOZIALQUOTE KNAPP ÜBER DEM EU-DURCHSCHNITT

Im Vergleich mit den EU-Ländern liegt der Anteil von Österreichs Sozialausgaben an der gesamten Wirtschaftsleistung im Mittelfeld²⁾. Mit 28,7% übertraf die Sozialquote 1997 den EU-Durchschnitt von 28,2% knapp. Von 1990 bis 1997 erhöhte sie sich in Österreich um 2,0 Prozentpunkte, während der Anstieg im EU-Durchschnitt 2,8 Prozentpunkte betrug. Den höchsten Zuwachs verzeichnete Portugal, während die Sozialquote in den Niederlanden und Irland rückläufig ist.

Die höchsten Sozialausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung weisen in der EU die nordischen Länder Schweden (33,7%) und Dänemark (31,4%) auf. Auch die Niederlande, Frankreich, Deutschland und Finnland rangieren vor Österreich. In Großbritannien liegt die Sozialquote um 1,4 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt, in den südeuropäischen Ländern und in Irland deutlich darunter. Aufgrund der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte war 1997 in beinahe allen EU-Staaten eine Stabilisierung bzw. ein leichter Rückgang der Sozialquote zu beobachten.

²⁾ Die Position Österreichs ändert sich auch nicht, wenn man die Sozialquote nach anderen Konzepten berechnet (European Commission, 2000).

Übersicht 10: Sozialausgaben im internationalen Vergleich 1997

	1990	1996	1997	1990/1997
	Anteile am BIP in %			Wachstum der Sozialquote in Prozentpunkten
Schweden	32,9	34,8	33,7	0,8
Dänemark	30,3	33,6	31,4	1,1
Frankreich	27,7	30,8	30,8	3,1
Niederlande	32,5	30,9	30,3	-2,2
Finnland	25,5	32,1	29,9	4,4
Deutschland	25,4	30,5	29,9	4,5
Österreich	26,7	29,1	28,7	2,0
Belgien	26,8	30,0	28,5	1,7
EU-15-Durchschnitt	25,4	28,7	28,2	2,8
Großbritannien	23,1	27,7	26,8	3,7
Italien	24,1	24,8	25,9	1,8
Luxemburg	23,5	26,2	24,8	1,3
Griechenland	22,7	23,3	23,6	0,9
Portugal	15,5	21,6	22,5	7,0
Spanien	20,4	22,4	21,4	1,0
Irland	19,1	18,9	17,5	-1,6

Q: Eurostat; ESSPROS-Sozialdatenbank.

Die Struktur der Sozialausgaben unterscheidet sich zwischen Österreich und dem EU-Durchschnitt deutlich. Der Anteil der Ausgaben für Arbeitslosigkeit ist in Österreich um knapp 2 Prozentpunkte geringer – einerseits wegen der unterdurchschnittlichen Arbeitslosenquote sowie der niedrigeren Aufwendungen für Arbeitsmarktförderung, andererseits aufgrund der günstigeren Übertrittsmöglichkeiten für Ältere in den Ruhestand. Der Anteil der Ausgaben für Altersversorgung und Hinterbliebenenleistungen ist um 3,3 Prozentpunkte höher als im europäischen Durchschnitt.

Der Vorsprung des Anteils der Familienleistungen von 1,9 Prozentpunkten ergibt sich durch das relativ hohe Niveau der Familienbeihilfen in Österreich (einschließlich der Kinderabsetzbeträge) und die Karenzgeldregelungen. Die „sonstigen Sozialausgaben“ (sie enthalten sozialhilfeähnliche Leistungen) spielen in Österreich eine geringere Rolle, da sie – anders als in der EU – großteils in der Pensions- und Arbeitslosenversicherung integriert sind (Ausgleichszulage und Notstandshilfe).

ZUSAMMENFASSUNG

Österreichs Sozialquote lag 1998 bei 28,5% und ist damit das vierte Jahr in Folge gesunken; 1999 dürfte sie ebenso hoch gewesen sein wie 1998.

Den höchsten Anteil aller Sozialleistungen (1998) erfordern die Altersleistungen (Alterspensionen 38,2%, Hinterbliebenenleistungen 10,3%) vor den Gesundheitsausgaben (25,8%) und den Familienleistungen (10,2%). Der viertgrößte Aufwandsposten sind die Ausgaben für Invalidität (8,6%), und nur 5,6% aller Sozialleistungen werden für den Bereich der Arbeitslosigkeit verwendet.

Die Ausgabendynamik der Invaliditätsleistungen war 1998 geprägt von der Zunahme der vorzeitigen Alterspensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit und der

Sachleistungen in der Unfallversicherung. Die Altersleistungen erhöhten sich von 1997 auf 1998 mit +2,5% schwächer als die Summe aller Sozialleistungen (+2,8%). Knapp die Hälfte der Pensionsneuzuerkennungen erfolgten aus dem Titel der langen Versicherungsdauer, normale Alterspensionen bilden mit einem Fünftel eine Restgröße im Bereich der neu zuerkannten Pensionen.

Gemäß der hier verwendeten Erfassungsmethode hat sich die Ausgabendynamik im Bereich der Krankenversicherung mit +2,2% deutlich abgeschwächt. Im Jahr 1998 verzeichneten die Krankenversicherungsträger einen Gebarungüberschuss von 1,2 Mrd. S, die hohen Ausgabensteigerungen insbesondere im Bereich der Heilmittel sowie der Anstaltspflege hatten 1999 einen Abgang von 3,3 Mrd. S zur Folge.

Die Familienleistungen stagnierten 1998 auf einem – im internationalen Vergleich – hohen Niveau.

Die angespannte Arbeitsmarktlage im Jahr 1998 mit einer Arbeitslosenquote von 7,2% erforderte eine Steigerung der Ausgaben in diesem Bereich um 2,3%. Während die Arbeitslosengeldzahlungen gegenüber 1997 beinahe konstant blieben, bedeutete die zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit eine überdurchschnittliche Zunahme im Bereich der Notstandshilfe. Sowohl die Betroffenheit als auch die Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich 1998 stark erhöht, 1999 verharrte die Betroffenheit auf dem Vorjahreswert, die Arbeitslosigkeitsdauer verringerte sich wieder stark. Mehr Mittel als 1998 wurden für aktive Arbeitsmarktpolitik verwendet, wobei die Ausgabensteigerung gegenüber den Vorjahren aber deutlich abflachte.

In einem OECD-Vergleich betrug die Ersatzquote bei Arbeitslosigkeit in Österreich 1997 57% des zuvor bezogenen Lohneinkommens (im ersten Monat der Arbeitslosigkeit) und lag damit im untersten Drittel aller OECD Staaten. In einer Familie mit z. B. zwei Kindern und einem nicht berufstätigen Partner erreicht die Ersatzquote 71%; damit liegt Österreichs im unteren Mittelfeld aller OECD Staaten.

Gemessen an der Sozialquote hält Österreich in Europa den 7. Rang. Eine höhere Quote weisen die nordischen Länder, aber auch Frankreich und Deutschland auf. Österreichs Sozialquote lag 1997 mit 28,7% um 0,5 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Die Struktur der Ausgaben für soziale Sicherheit unterscheidet sich aber stark vom europäischen Durchschnitt: Die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Hinterbliebenenleistungen sind um 3,3% des BIP, die Familienleistungen um 1,9% höher als im Durchschnitt der EU-15.

LITERATURHINWEISE

Guger, A., Steiner, H., „Stabilisierung der Sozialquote. Österreichs Sozialausgaben 1995“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(5), S. 301.

European Commission, Structures of the Taxation Systems in the European Union, 1970-1997, Luxemburg, 1999.

European Commission, Directorate General for Economic and Financial Affairs, Public finances in the EMU – 2000, Brüssel, 2000.

Mc Morrow, K., Roeger, W., „The Economic Consequences of Ageing Populations“, European Commission, Economic Papers, 1999, (138).

IHS, „Gesundheitsausgaben im internationalen Vergleich mit Schwerpunkt Österreich“, Health System Watch, Beilage zur Fachzeitschrift Soziale Sicherheit, 1999, (1).

IHS, „Gesundheitsausgaben in der EU“, Health System Watch, Beilage zur Fachzeitschrift Soziale Sicherheit, 2000, (1).

World Bank, World Development Indicators 1998, Washington D.C., 1998.

Downward Move of Social Expenditure Ratio in its Fourth Consecutive Year in 1998 – Summary

Social security expenditure totalled ATS 745 billion in 1998, the 2.8 percent growth of nominal expenditure being 0.7 percent below nominal GDP growth. The social expenditure ratio, i.e., the share of social expenditure in GDP, stood at 28.5 percent in 1998, thus continuing its downward trend for the fourth consecutive year.

The trend is expected to remain unchanged in 1999, as the cyclical upswing results in employment growth and a reduction of unemployment. At the same time, the budget consolidation measures (austerity budgets) are reinforcing this development.

Measured by its social expenditure ratio, Austria ranks seventh in Europe. The ratios are higher in the Nordic countries as well as France and Germany. With a social expenditure ratio of 28.7 percent, Austria was 0.5 percentage point below the EU average in 1997.

However, the structure of social security spending in Austria differs greatly from the European average. Expenditure for old-age pensions and survivor benefits is 3.3 percentage points above the EU average and family benefits exceed the average of the fifteen member states by 1.9 percentage points.

The way Austrian social security is financed also differs from the EU average: contributions by public and pri-

vate employers are 1 percentage point below the average, while employee contributions to social security are 3.6 percentage points above the EU average; the share of tax money flowing into social security exceeds the average by 1.6 percentage points.

Old-age benefits (38.2 percent for old-age pensions and 10.3 percent for survivor benefits) account for the largest share of social benefits, followed by health care expenditure (25.8 percent) and family benefits (10.2 percent). Invalidation benefits are the fourth largest expenditure item (8.6 percent), while unemployment benefits account for no more than 5.6 percent of all social benefit payments. The shares of old-age pensions and invalidity benefits increased between 1997 and 1998.

Spending rose most strongly (+10.8 percent) in the field of invalidity benefits (including early retirement for reasons of partial invalidity) as well as early retirement after long-term insurance coverage (+4.9 percent) and unemployment benefits (+4.1 percent). Changes in legislation resulted in a steep decline of spending for parental leave (–21.5 percent) and child-birth benefits (–75.4 percent), although family benefit expenditure as a whole increased by 1.6 percent.

49. Euroconstruct-Konferenz:

Perspektiven der Bauwirtschaft in Europa

Neue Herausforderungen an die Wohnungswirtschaft

Wohnbauförderung in Europa – Änderungen und Trends – Reformen in Deutschland – Von der Gemeinnützigkeit zur neuen sozialen Wohnungswirtschaft – Konsequenzen der geänderten Wohnungspolitik in den Niederlanden – Wohnungspolitik in der EU – Anregungen für Österreich – Panel-Diskussion: Die Zukunft der Bau- und Wohnbaufinanzierung – Alternativen in der Wohnbaufinanzierung

Trends der europäischen Baukonjunktur bis 2002

Makroökonomische Perspektiven Europas – Perspektiven des Wohnungsbaus in Europa – Entwicklung im Nicht-Wohnbau – Trends im Tiefbau und in der Infrastruktur – Bauwirtschaft in Osteuropa – Entwicklung der europäischen Bauwirtschaft: Überblick und Trends – Der Baumarkt in Japan und Asien

Konferenz-Report: 420 Seiten • ATS 10.320,23 bzw. EUR 750,00

Bestellungen bitte an das WIFO, Frau Christine Kautz, Postfach 91, A-1103 Wien, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at, <http://www.wifo.ac.at>



➤ Liebling, auf der ueberreuter print und digimedia homepage kann ich mir meine large format print plakate online kalkulieren! i love it!

www.ueberreuter.com

 ueberreuter
Print und Digimedi@